

1. Sind Sie für eine Kindergartenpflicht ab dem 3. Lebensjahr analog zur Schulpflicht?

Wir wollen, dass möglichst alle Kinder in die Kita gehen. Die große Mehrzahl der Eltern sorgt auch dafür, dass ihre Kinder hier früh eine gute pädagogische Betreuung bekommen. Wir wollen sie unterstützen. Dafür investieren wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag und führen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern ein – mit finanzieller Beteiligung des Bundes. So wollen wir auch die wenigen erreichen und überzeugen, die bisher (aus welchen Gründen auch immer) ihre Kinder noch nicht in Kindergarten schicken. Eine generelle Pflicht für so wenige zu normieren, sehen wir als unverhältnismäßig an. Zudem: Die Schulpflicht ist im Grundgesetz angelegt (Artikel 7 GG). Ob hingegen eine Kindergartenpflicht mit dem Erziehungsrecht der Eltern vereinbar wäre, sehen wir als sehr zweifelhaft an (Artikel 6 Absatz 1 und 2 GG).

2. Sind Sie dafür, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Schulfinanzierung beizubehalten?

Nein. Wir wollen anfangen, den Flickenteppich der föderalen Bildungspolitik in Deutschland zu beenden. Deshalb soll der Bund gezielt helfen dürfen, Bildung im ganzen Land besser zu machen. Wir wollen das Kooperationsverbot vollständig abschaffen, damit Schulen wieder Orte sind, an denen Kinder gerne lernen – mit schönen Räumen und modernster Technik. Wir wollen, dass alle gemeinsam anpacken!

3. Der Religionsunterricht wird – als einziges Unterrichtsfach – im Grundgesetz geregelt. Würden Sie die bestehende Regelung zugunsten eines konfessionslosen Religionsunterrichts ändern?

Wir wollen weiterhin allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen. Wir streben keine Änderung des Grundgesetzes bezüglich des Religionsunterrichtes an. Der interreligiöse Dialog und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt. Wer zudem ein aufgeklärtes Wissen über die eigene und andere Religionen hat, ist oft weniger anfällig für Extremismus. Die verschiedenen Regelungen in den Bundesländern erkennen wir an. Wir unterstützen auch den islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden.

4. Setzen Sie sich für die Schaffung bundesweit einheitlicher Qualitätsstandards (z.B. Betreuungsschlüssel) für Kitas ein?

Ja, mit einem bundesweiten Gesetz werden wir die Qualität von Kitas mit Unterstützung des Bundes steigern. Wir brauchen besser ausgestattete Kitas und eine gesunde Ernährung. Mit zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern können die Kinder in den Gruppen besser betreut werden.

5. Sind Sie für die Abschaffung des Ehegattensplittings?

Für die Zukunft führen wir einen Familientarif mit Kinderbonus ein. Von dem

Kinderbonus des Familientarifs profitieren verheiratete und unverheiratete Eltern mit Kindern, wie auch Alleinerziehende. Jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen können. Ein Paar mit drei Kindern kann allein mit dem Kinderbonus 900 Euro im Jahr sparen. Im Familientarif können Ehepartner Einkommensanteile von höchstens 20.000 Euro untereinander übertragen. Dadurch wird auch künftig der sich aus der verfassungsrechtlich gebotenen Freistellung der gegenseitigen Unterhaltsverpflichtung ergebende Splittingvorteil gewahrt. Heutige Ehen können zwischen dem bisherigen System des Ehegattensplittings und unserem neuen Familientarif mit Kinderbonus frei wählen. Wir wollen die Steuerlast bei unterschiedlich hohen Einkommen gerecht zwischen den Eheleuten verteilen.

6. Wie möchten Sie den Wiedereinstieg in den Beruf nach Mutterschutz und Elternzeit gestalten:

a. Soll es Ihrer Meinung nach ein Rückkehrrecht auf Vollzeit geben?

Ja, wir werden einen Rechtsanspruch schaffen, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren. Damit verhindern wir, dass vor allem viele Frauen in eine „Teilzeitfalle“ geraten, die sich insbesondere negativ bei der Rente auswirkt.

b. Setzen Sie sich gesetzlich für die Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen für Schwangere ein?

Ja, wir wollen generell weniger Befristungen von Arbeitsverträgen. Wir werden die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen und die Sachgründe einschränken. Dies bringt Schwangere und vielen vor allem jungen Menschen mehr Sicherheit und Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben.

c. Setzen Sie sich für das Recht auf Home Office ein?

Ja, Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten bei Arbeitszeit und Arbeitsort erhalten. Wir wollen ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen. Darin soll auch der rechtliche Rahmen für mobile Arbeit und das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit klargestellt werden.

7. Befürworten Sie das Wechselmodell bei gemeinsamem Sorgerecht ohne Zustimmung eines der beiden Elternteile bei einer Scheidung?

Für uns steht an oberster Stelle das Wohl des Kindes! Wir setzen uns für mehr Partnerschaftlichkeit in der Betreuung von Kindern ein. Das gilt auch nach einer Trennung oder Scheidung. Mit einer gesetzlichen Regelung werden wir den Gerichten die Möglichkeit geben, das Wechselmodell mit den Eltern zu vereinbaren oder anzuordnen. Eine Pflicht zur Anordnung eines bestimmten Modells lehnen wir ab.

8. Sehen Sie Handlungsbedarf hinsichtlich der Situation der Hebammen in Deutschland? Wenn ja, was muss Ihrer Ansicht nach getan werden?

Wir wollen Gesundheitsfachberufe attraktiver machen und die

Arbeitsbedingungen verbessern. Diese Berufe übernehmen zentrale Aufgaben in der medizinischen Versorgung. Sie müssen weiterentwickelt werden. Dies gilt gleichermaßen für Hebammen.

9. Jedes fünfte Kind bzw. Jugendlicher gilt in Deutschland als arm – was wollen Sie dagegen unternehmen?

Kinderarmut darf es in einem so reichen Land wie unserem nicht geben. Denn sie bedeutet vor allem auch: Schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport – und damit schlechtere Zukunftschancen. Letztlich liegt in der Ursache von Kinderarmut die Armut der Eltern. Deshalb werden wir die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Dabei werden wir vor allem auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen die Arbeitsmarkteteiligung und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztagschulen sind dafür die entscheidende Voraussetzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.

Mit Blick auf die politisch gewünschten Ziele (Vermeidung von Kinderarmut, Zugang zu Bildung für alle Kinder und gleiche Förderung aller Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern) werden wir das Konzept der Existenzsicherung für Kinder mit den unterschiedlich zusammenwirkenden Instrumenten regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Jedes Kind ist uns gleich viel wert und niemand soll wegen seiner Kinder arm werden.

Die Rechte von Kindern und Familien werden wir auch in Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter stärken.

10. Sollen Flüchtlingskinder und geflüchtete Jugendliche die selben Möglichkeiten und Rechte haben, wie deutsche Kinder?

Ja, niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen Hintergrundes schlechtere Chancen haben. Vor allem Bildung ist ein Menschenrecht, das allen offenstehen muss. Allen Kindern soll der Besuch einer Kita oder Schule ermöglicht werden. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen für alle Kinder.

11. Halten Sie die derzeit geltenden Grenzwerte für Giftstoffe im Kinderspielzeug für ausreichend? (JV/HZ)

Ja. Der deutsche Grenzwert orientiert sich an der täglichen Menge, die Kinder durch Spielzeug aufnehmen. Der europäische Grenzwert orientiert sich an der Menge, die aus einem Produkt freigesetzt werden. Wenn die neuen europäischen Grenzwerte eingehalten werden, erlaubt dies die Einhaltung des deutschen Grenzwertes.

12. Begrüßen Sie das nun mit der „Ehe für Alle“ verabschiedete Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare?

Wir freuen uns sehr, dass wir unser Wahlversprechen von 2013 doch noch in dieser Legislaturperiode haben einlösen können. Wer sich in guten wie in schlechten Zeiten verspricht füreinander da zu sein, der soll heiraten dürfen. Egal ob es sich dabei um ein hetero- oder gleichgeschlechtliches Paar handelt. Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Wir sorgen für Klarheit, indem Rechte und Pflichten in den Familien eindeutig definiert werden. Das Wohl der Kinder steht dabei immer im Mittelpunkt.

13. Was macht für Sie „Familie“ aus?

Familie ist Geborgenheit, ist Vertrauen und bedingungslose Liebe. Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der Ehe (für alle) über alleinerziehende Mütter und Väter bis hin zu Frauen und Männern, die ihre Mütter und Väter betreuen, versorgen und pflegen.

14. Ein letztes Statement: wieso sollten Familien Ihre Partei wählen?

Weil wir seit mehr als 150 Jahren versuchen das echte Leben der Frauen, Männer und Kinder immer wieder Stück für Stück besser zu machen. Im großen wie im Kleinen. Für uns gilt der ursozialdemokratische Leitsatz, dass es den Kindern einmal besser gehen soll, als uns heute. Das ist angesichts der vielen großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht leicht. Aber die SPD war immer eine Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts. Es ist eine sozialdemokratische Kernkompetenz, den Wandel nach sozialen und rechtlichen Prinzipien zu gestalten.